



## Presseschau vom 22.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

*Alexander Nepogodin: **Abkommen zwischen Russland und der Ukraine wird die Sicherheitsordnung Europas verändern***

Die Ukraine könnte ihre NATO-Ambitionen aufgeben und einen neutralen Status in ihrer Verfassung verankern. Was würde sie im Gegenzug dafür bekommen? ...

<https://kurz.rt.com/2xcm> bzw. [hier](#)

*Susan Bonath: **Putin will die Ukraine "gewaltsam an sich reißen": Wie der deutsche Staatsfunk Kinder manipuliert***

Das "Bildungsfernsehen" des öffentlich-rechtlichen Kinderkanals (KiKA) indoktriniert Minderjährige mit Fehlinformationen zum Krieg in der Ukraine. Anfang März lernten Kinder dort etwa, Putin wolle so die Ukraine an sich reißen, um Russland "noch größer und mächtiger" zu machen. ...

<https://kurz.rt.com/2xct> bzw. [hier](#)

*Wolfgang Bittner: **Die Dreistigkeit der Bellizisten***

Inzwischen werden selbst Minister- und Bundespräsidenten angegangen, wenn sie der zu großen Nähe zu Russland verdächtig sind. Bestimmend sind die Falken der US-Politik. Schon Geschäftskontakte gelten als Vergehen. Über Konsequenzen wird nicht nachgedacht. ...

<https://kurz.rt.com/2xi1> bzw. [hier](#)

*Dagmar Henn: **"Russen sind keine Europäer" – Aus Florence Gaub spricht die NATO***

Eines ist sicher: Florence Gaub, die jüngst die Russen zu "Nichteuropäern" machte, wird gut bezahlt für den Unfug, den sie redet und schreibt. Aber was aus ihr spricht, ist genau das, was man im Geflecht aus EU und NATO so denkt. Kein Ausrutscher, sondern ein Einblick. ...

<https://kurz.rt.com/2xhl> bzw. [hier](#)

*de.rt.com: **Analyse und Kritik zum Inhalt einer Stellungnahme aus der Charité zur "Bundesnotbremse"***

Die Entscheidungsfindung und Begründung des Bundesverfassungsgerichts zu einem Beschwerde-Musterverfahren gegen die sogenannte Bundesnotbremse vom April 2021 erfolgten maßgeblich auf Basis einer Stellungnahme aus der Berliner Charité. Die Inhalte werden jetzt noch einmal durchleuchtet, hinterfragt und eindeutig kritisiert. ...

<https://kurz.rt.com/2xjz> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

*21:40 de.rt.com: **"Phoenix Ghost": USA übergeben an Kiew Drohnen, die eigens für die Ukraine entwickelt wurden***

Die USA haben nach Angaben des Pentagon eine Drohne für das ukrainische Militär entwickelt. Die Luftwaffe habe das Fluggerät gemeinsam mit dem Luft- und Raumfahrtunternehmen Aevex Aerospace ausgearbeitet. Pentagon-Sprecher John Kirby sagte am Donnerstag:

"Diese wurde von der Luftwaffe speziell als Reaktion auf die ukrainischen Anforderungen schnell entwickelt."

Mehr als 120 Drohnen mit dem Namen "Phoenix Ghost" sollen im Rahmen des neuen 800 Millionen schweren Militärhilfepaketes der US-Regierung an die Ukraine übergeben werden. Für die Bedienung sei minimales Training notwendig, so Kirby. "Wir werden diese Ausbildungsanforderungen direkt mit den ukrainischen Streitkräften klären." Die neue Entwicklung ähnele den sogenannten Switchblade-Drohnen. Die Switchblades sind Mini-Drohnen und starten zunächst ohne Ziel. Sie können längere Zeit über dem Boden kreisen und dort auf ein Ziel zu lauern, um dann gezielt anzugreifen. Dabei zerstören sie sich selbst. Die US-Regierung hatte der Ukraine auch Switchblades zur Verfügung gestellt.

#### 21:51 de.rt.com: **Russland: Staatsduma erörtert Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über ausländische Agenten**

Die Vorbereitung eines neuen föderalen Gesetzes über ausländische Agenten soll am Donnerstag im Duma-Ausschuss zur Untersuchung der Einmischung ausländischer Staaten in die inneren Angelegenheiten Russlands erörtert werden. Dies berichtete die Zeitung RBC. Russland: Staatsduma erörtert Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über ausländische Agenten In einer Sitzung am 21. April will der Staatsduma-Ausschuss zur Untersuchung der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands über die Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfs "Über die Kontrolle der Tätigkeit von Personen unter ausländischem Einfluss" beraten. Dies berichtete die Zeitung RBC unter Berufung auf zwei Quellen in der Staatsduma.

Es ist vorgesehen, dass anstelle mehrerer Register ausländischer Agenten ein einziges geschaffen wird. Einer der Gesprächspartner von RBC erklärte:

"Ziel ist es, gemeinsame Regeln und Vorschriften für alle Kategorien ausländischer Vertreter einzuführen."

Ihm zufolge können die gesetzlichen Normen in Bezug auf bestimmte Kategorien von ausländischen Agenten derzeit unterschiedlich sein. Der Gesetzentwurf sieht "einheitliche Standards und Ansätze" für alle Kategorien vor. Der Gesprächspartner von RBC stellte fest, dass der Gesetzentwurf "nicht die Schrauben anzieht", sondern die Regulierung ausländischer Agenten vereinfacht, die "transparent sein sollte".

Das russische Justizministerium führt derzeit die folgenden Register ausländischer Agenten: Nichtregierungsorganisationen, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen; Medien, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen (dieses Register umfasst auch einzelne Journalisten); nicht registrierte öffentliche Vereinigungen, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen; und Einzelpersonen, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen.

Der Gesetzentwurf sieht auch vor, dass Handelsorganisationen in das einheitliche Register ausländischer Agenten aufgenommen werden können, unabhängig davon, ob es sich um russische oder ausländische Unternehmen handelt.

Es ist geplant, ein einheitliches Verfahren für die Streichung aller ausländischen Vertreter aus dem Register einzuführen. Darüber hinaus muss das Justizministerium angeben, auf der Grundlage welcher spezifischen gesetzlichen Bestimmungen die Entscheidung getroffen wurde, jeder einzelnen Person den Status eines ausländischen Agenten zu verleihen.

Das letzte Mal war die Frage der Notwendigkeit von Änderungen an den Rechtsvorschriften über ausländische Agenten bei einem Treffen zwischen Präsident Wladimir Putin und Mitgliedern des Menschenrechtsrates im Dezember letzten Jahres angesprochen worden.

Damals hatte Pawel Gussew, Chefredakteur der Zeitung Moskowski Komsomolez, insbesondere das Fehlen eines "Mechanismus zur Aufhebung des Status eines ausländischen Agenten" kritisiert. Er hatte erklärt:

"Wenn eine Person, ein Journalist oder ein Medienunternehmen die ihnen zur Last gelegten Verstöße vollständig zurückgewiesen hat, hat sie auch das Recht, Berufung einzulegen und den Titel 'ausländischer Agent' streichen zu lassen. Dies ist nicht vorgesehen. Wir sind der

Meinung, dass dies ebenfalls ein großes Manko ist."

Putin entgegnete, dass russische Medien im Ausland ebenfalls als ausländische Agenten eingestuft seien, "sie werden vor Gericht geladen, sie werden zur Befragung vorgeladen, und wenn sie nicht erscheinen, droht ihnen eine Gefängnisstrafe". Dem Präsidenten zufolge muss Russland sowohl die Redefreiheit gewährleisten als auch "sich vor einer möglichen Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten von außen schützen". Putin schlug vor: "Lassen Sie uns also auf dieses Thema zurückkommen, mit den Fachleuten zusammenarbeiten und so weit wie möglich zu einvernehmlichen Lösungen kommen." Generell wurden die Rechtsvorschriften für ausländische Agenten wiederholt kritisiert. Im August letzten Jahres richtete etwa ein Dutzend russischer Medien einen Appell an den Präsidenten, den Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, die Leitung des FSB, die Generalstaatsanwaltschaft und mehrere andere Behörden und forderten sie auf, das Gesetz über ausländische Agenten aufzuheben.

Der Begriff "ausländischer Agent" war im Jahr 2012 in Russland eingeführt worden und hatte sich zunächst nur auf Nichtregierungsorganisationen bezogen: Die entsprechenden Änderungen waren am Gesetz über nicht kommerzielle Organisationen vorgenommen worden. Personen, die als ausländische Agenten anerkannt sind, sind verpflichtet, ihren Status in öffentlichen Materialien und im Internet offenzulegen und dem Justizministerium Berichte vorzulegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62617a1bb480cc59db4e6acc.jpg>

### 21:55 de.rt.com: **Botschaft der Russischen Föderation in Berlin übergibt Protestnote an Auswärtiges Amt wegen neuerlicher Angriffe auf Sowjet-Denkmäler**

Die Russische Botschaft in Berlin hat wegen neuer Angriffe auf sowjetische Denkmäler in Deutschland eine Protestnote an das Auswärtige Amt gesandt und die deutschen Behörden aufgefordert, "umfassende Maßnahmen" zu ergreifen, um eine Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern.

In den vergangenen Tagen seien das Denkmal in Potsdam mit roter Farbe besprüht worden und die Gedenkstätten in Neubrandenburg und Syhra (ein Ortsteil der Stadt Geithain im Landkreis Leipzig) mit Beschimpfungen, politischen Parolen und Nazi-Symbolen beschmiert worden. Die Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland betrachte diese Vorfälle als eine "zynische Missachtung des Gedenkens an die Soldaten, die für die Befreiung der Welt und Europas vom Nationalsozialismus ihr Leben hingaben".

Die diplomatische Vertretung bedankte sich in ihrer Stellungnahme zugleich bei Vertretern von kommunalen Verwaltungen und Behörden für eine schnelle Beseitigung der Folgen dieser Schändungen.

**vormittags:**

7:00 de.rt.com: **Borrell: EU-Länder drohen mit Veto gegen ein kollektives Verbot von Erdöl aus Russland**

Die Europäische Union plane noch keine zentralen Beschränkungen für Öllieferungen aus Russland, da mehrere EU-Mitgliedstaaten damit gedroht haben, eine solche Entscheidung zu blockieren, falls sie zur Abstimmung gestellt wird. Das sagte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell vor Reportern der europäischen Nachrichtenallianz LENA. Er erklärte:

"Es wird sehr schwierig, da einige Mitgliedstaaten bereits angekündigt haben, dass sie gegen jede kollektive Entscheidung ein Veto einlegen werden."

8:07 (7:07) **novorosinform.org: Japan beschloss in diesem Jahr, die Kurilen als von Russland „illegal besetzt“ zu betrachten**

Erstmals seit 2011 definiert das japanische „Blaue Buch der Diplomatie“ die Inseln als zu Japan gehörige Territorien.

Im diplomatischen Handbuch, das seit 1957 jedes Jahr in Japan herausgegeben wird, wird erstmals seit 2003 der Status der Kurilen als von Russland „illegal besetztes“ Gebiet bezeichnet.

Obwohl Tokios Position im Allgemeinen nicht neu ist, hängt der Art der Formulierung im „Blauen Buch der Diplomatie“ direkt vom Stand der Beziehungen auf der internationalen Bühne ab. Die Beziehungen zwischen Japan und Moskau eskalierten nach Beginn der Sonderoperation in der Ukraine. Tokio hat sich gegen Russland auf die Seite der USA gestellt und mehrere Sanktionspakete verhängt.

Als Reaktion darauf zog sich Moskau aus dem Dialog mit Tokio über die Kurilen zurück und erklärte die Eigentumsfrage an den Inseln als ein für alle Mal für beendet.



[https://novorosinform.org/content/images/33/58/43358\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/58/43358_720x405.jpg)

7:35 de.rt.com: **Russischer Botschafter: "Russland den Beobachterstatus bei der OAS zu nehmen, ist ein schwerer Fehler"**

Moskau hält die vom Ständigen Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verabschiedete Resolution, Russlands Beobachterstatus bei der OAS aufgrund der Situation um die Ukraine auszusetzen, für einen schweren Fehler. Dies erklärte der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow, der auch ständiger Beobachter Russlands bei der OAS ist. Der Pressedienst der russischen Botschaft zitierte Antonow auf Telegram:

"Der Ständige Rat der OAS hat heute eine Resolution zur 'Aussetzung des Status Russlands als ständiger Beobachter bei der Organisation Amerikanischer Staaten' verabschiedet.

Während einer außerordentlichen Sitzung zu diesem Thema wurde dem ständigen Beobachter Russlands bei der Organisation die Möglichkeit verweigert, auf der Sitzung zu sprechen –

weder vor noch nach der Abstimmung über das Dokument. Wir halten die Verabschiedung der heutigen Resolution für einen schweren Fehler."

"Die OAS ist heute schwächer geworden. Sie hat einen zuverlässigen Freund entfremdet. Fast alle OAS-Länder haben in dieser Situation verloren, mit wenigen Ausnahmen. Wir wissen, dass unsere lateinamerikanischen Partner unter einem noch nie dagewesenen Druck seitens der USA und ihrer Satelliten stehen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6262321b48fbef2918023e06.jpg>

### wpered.su: „Nadeshda Donbassa“ beteiligte sich an der humanitären Aktion „Ein Päckchen für einen Soldaten“

Die Leiterin der internationalen Abteilung der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja über humanitäre Hilfe für Soldaten. Das Päckchen besteht aus Lebensmitteln und persönlichen Hygienemitteln, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Ein Päckchen für einen Soldaten“ ist eine humanitäre Aktion, die in der Donezker Volksrepublik regelmäßig stattfindet, sie hat ihren Ursprung in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs. Die humanitäre Hilfe wurde von Vertretern der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ und der DKP gesammelt.

### 8:53 (7:53) rusvesna.su: **Generalstab der Streitkräfte der Ukraine: Die russische Armee rückt entlang der gesamten Frontlinie im Donbass vor**

Die russische Armee rückt entlang der gesamten Frontlinie im Donbass vor. Dies wurde in der morgendlichen Zusammenfassung des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine mitgeteilt.

Details zur Situation an der Front nach Angaben des ukrainischen Generalstabs:

- Die RF-Streitkräfte setzen die teilweise Blockade von Charkow fort und treffen kritische Infrastruktureinrichtungen.

In Richtung Isjum führen die Streitkräfte der Russischen Föderation Offensivoperationen in Richtung der Werkssiedlung durch und gelangten an den nördlichen Stadtrand von Dibrownoje.

. In den Richtungen Donezk und Tawritschesk rücken die RF-Streitkräfte aktiv entlang der gesamten Frontlinie vor. Sie führen Angriffsoperationen im Gebiet Saretschnoje durch und rücken bei Rubishnoje vor. Kämpfe in der Gegend von Nowotoschkowskoje und Popasnaja. Es gibt einen Angriff auf Marinka mit Unterstützung der Artillerie.

- In Richtung Saporoschje verstärken die Streitkräfte der Russischen Föderation die Truppengruppierung.

- Die russischen Streitkräfte führen Kampfaufklärung im Gebiet Trudoljubowka in der Region Südlicher Bug durch.

9:06 (8:06) novorosinform.org: **Bilezkij drängte darauf, das „Unsterbliche Regiment“ in Mariupol mit „Totschka-U“ zu beschießen**

Der Anführer der ukrainischen Neonazis nannte den patriotischen Marsch eine „Provokation“ und drohte, seine Mediensammlung könne mit einem weiteren „lustigen Video“ aufgefüllt werden.

Die Aktion „Unsterbliches Regiment“, die am Tag des Sieges in Mariupol stattfinden soll, sollte ein Grund für die Streitkräfte der Ukraine sein, einen Raketenangriff auf deren Teilnehmer zu starten. Andrej Bilezkij, der Führer der ukrainischen Nazi- und rassistischen Bewegungen, erklärte dies im ukrainischen Fernsehen.

"Ukrainische Raketen vom Typ Totschka-U fliegen dort manchmal. Deshalb würde ich es nicht riskieren, ‚Unsterbliche Regimenter‘ und ähnliche Aktionen abzuhalten", sagte er.

Bilezkij fügte hinzu, wenn sie nur versuchten, eine Prozession in Mariupol zu organisieren, dann werde die ukrainische Armee "in der Lage sein, eine angemessene und lebhafte Antwort auf diese Provokation zu geben".

"Sie haben viele lustige Momente mit den Russen und ihrer Ausrüstung auf Ihren Bildschirmschonern. Vielleicht haben Sie am 9. Mai wieder ein lustiges Video", fügte der Nazi hinzu.

Es sei daran erinnert, dass das Totschka-U-Raketensystem nur bei der ukrainischen Armee im Einsatz ist. Infolge von Raketenangriffen auf Donezk, Kramatorsk und Schachtjorsk im März und April dieses Jahres wurden Dutzende Zivilisten getötet und mehr als hundertfünfzig verletzt.



[https://novorosinform.org/content/images/33/61/43361\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/61/43361_720x405.jpg)

8:20 de.rt.com: **Russlands Streitkräfte setzen den militärischen Sondereinsatz in der Ukraine fort**

Generalmajor Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, verkündete am Donnerstag auf einer Pressekonferenz, dass im Laufe des Tages 14 Einrichtungen in der Ukraine von hochpräzisen luftgestützten Raketen getroffen wurden. Die Angriffe hätten einen Gefechtsstand, zwei Munitionsdepots in Schnurki und Slawjansk, zwei Standorte ukrainischer Truppen und militärischer Ausrüstung in Tscherkasskoje und Alexandrowka sowie zwei nationalistische Hochburgen bei Popasnaja getroffen. Bis zu 120 Nationalisten seien getötet sowie mehr als 30 gepanzerte Fahrzeuge und weitere Autos zerstört worden.

Außerdem soll die russische Luftwaffe 64 militärische Einrichtungen der Ukraine angegriffen haben. Darunter 17 Standorte ukrainischer Truppen und militärischer Ausrüstung bei Krasny Liman und Drobyschewo sowie zwei Raketen- und Artilleriewaffendepots nahe Saporoschje. Raketen- und Artillerieeinheiten des russischen Militärs hätten zudem im Laufe des Tages 450 feindliche Einrichtungen beschossen. Darunter 14 Gefechtsstände sowie 429 befestigte Stellungen und Standorte ukrainischer Truppen und militärischer Ausrüstung in Welikaja

Kamyschewaka, Tscherwonoje, Paschkowo und Nowaja Dmitrowka in der Region Charkow. Russische Luftabwehrkräfte schossen ein unbemanntes ukrainisches Luftfahrzeug nahe Jasnoje in der Volksrepublik Donezk ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62623a7448fbef2bca4d1767.jpg>

9:35 (8:35) novorosinform.org: **Kiew räumte den Kontrollverlust über ein Drittel der kriegführenden Ukraine ein**

Etwa 3.500 Siedlungen seien „unter Besatzung“, sagte die Assistentin des Büroleiters von Präsident Selenskij.

Kiew habe die Kontrolle über fast ein Drittel des Territoriums der Ukraine verloren, in dem Feindseligkeiten stattfinden. Dies teilte die Assistentin des Leiters der Präsidialverwaltung Elena Simonenko mit.

„Derzeit sind mehr als 3.500 Siedlungen besetzt. Das sind fast 30 % des Territoriums, in dem Feindseligkeiten stattfinden“, sagte sie.

Laut der Beamtin habe Russland allein in den letzten 24 Stunden die Kontrolle über 42 Siedlungen in der Region Donezk übernommen.

Erinnern Sie sich daran, dass Verteidigungsminister Sergej Schoigu Präsident Wladimir Putin am Tag zuvor über die vollständige Befreiung von Mariupol und die Blockierung der ukrainischen Militärgruppe auf dem Territorium des Stahlwerks „Asowstal“ berichtet hatte.

8:40 de.rt.com: **Washington: Chinas Armee unterstützt die russische Armee**

Die USA sind der Ansicht, dass Chinas Armee das russische Militär unterstützt. Das verkündete der stellvertretende nationale US-Sicherheitsberater für internationale Wirtschaft Daleep Singh am Mittwoch. Laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti sagte er:

"Es gibt beunruhigende Beweise dafür, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee die russische Armee über eine Reihe von direkten und indirekten Kanälen unterstützt."

"China hat ein gemeinsames Interesse mit Russland, die Vorherrschaft der USA und des Westens in der Weltordnung zu untergraben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626247f648fbef29f8225f27.jpg>

10:00 (9:00) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Der Konflikt in der Ukraine wird noch einige Monate andauern – Resnikow**

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexej Resnikow sagte, der Konflikt im Land werde mindestens noch mehrere Monate andauern, selbst wenn der Westen Kiew mit schweren Waffen beliefere.

Wie Resnikow Journalisten der amerikanischen Zeitung „Wall Street Journal“ sagte, brauche die Ukraine schwere Waffen und warte auch auf „ein vollständiges globales Embargo für russisches Öl und Gas“, informiert RIA Novosti.

„Ich weiß, dass diese Waffen schnell von verschiedenen Ländern bereitgestellt werden können. Es braucht nur den Willen dazu“, sagte Resnikow.

Gleichzeitig geht der Chef des Verteidigungsministeriums der Ukraine davon aus, dass der Konflikt im Land in jedem Fall noch mehrere Monate andauern und sich möglicherweise lange hinziehen werde.

„Wenn Sie uns das alles geben, wird Russland die Ukraine in ein paar Monaten verlassen. Wenn nicht, wird sich der Krieg hinziehen“, sagte Resnikow.



[https://novorosinform.org/content/images/33/67/43367\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/67/43367_720x405.jpg)

9:05 [de.rt.com](https://de.rt.com): **Macron: "Risiko einer Eskalation im Ukraine-Krieg sehr hoch"**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe vor Russlands angeblicher Bereitschaft zu einer Eskalation des Ukraine-Konflikts gewarnt.

Das Risiko einer Eskalation sei "sehr hoch". Vor allem der Test einer russischen Interkontinentalrakete mit enormer Reichweite am Mittwoch sei besorgniserregend. Macron sehe demnach zwei große Eskalationsrisiken:

"Die vertikale Eskalation besteht in der Veränderung des Krieges hin zur Nutzung nicht konventioneller Waffen wie Chemiewaffen oder Nuklearraketen. Die horizontale Eskalation ist die Bereitschaft von verbündeten Ländern oder anderen Mächten, in den Krieg einzugreifen. "

Darum gelte es, alles zu tun, um eine Feuersbrunst zu verhindern. "Der Krieg muss aufhören", erklärte Macron. Dabei komme auch europäischen Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien eine Vermittlerrolle zu. Man müsse der Ukraine aber auch finanziell und militärisch helfen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62623fe6b480cc0e5f635b09.jpg>

### 9:22 de.rt.com: **Ukraine will für Wiederaufbau Zugriff auf eingefrorene russische Staatsgelder**

Nach Angaben der ukrainischen Behörden seien infolge der russischen Militäroperation bislang bis zu 30 Prozent der Infrastruktur im Land beschädigt worden. Für den Wiederaufbau will Kiew Zugriff auf eingefrorene russische Staatsgelder erwirken, wie der Justizminister ankündigte.

Den Aussagen des ukrainischen Justizministers Denys Maljuska zufolge arbeitet Kiew mit internationalen Anwälten an einem Verfahren, um eingefrorene russische Staatsgelder für die Finanzierung des Wiederaufbaus des Landes zu nutzen. Gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters sagte Maljuska:

"Wir haben uns für das wichtigste Ziel entschieden – das Geld der Zentralbank und des Wohlfahrtsfonds der Russischen Föderation."

Unter Anspielung auf den russischen Staat ergänzte er: "Sie befinden sich an einem Ort, haben einen Besitzer und dieser Besitzer begeht eindeutig illegale, kriminelle Handlungen." Dieser verfüge über eine bedeutende Summe Geld.

Den ukrainischen Behörden zufolge seien infolge der russischen Militäroperation seit dem 24. Februar bislang bis zu 30 Prozent der Infrastruktur beschädigt worden. Der reine materielle Schaden soll sich auf fast 500 Milliarden Dollar summieren. Maljuska verwies auf eine Analyse der von der russischen Zentralbank veröffentlichten Daten. Demnach summieren sich die ins Visier genommenen Gelder ebenfalls auf etwa diesen Betrag. Der Justizminister betonte:

"Wir wissen, wo wir danach suchen müssen."

Ein Teil der Summe soll sich in den USA befinden, der Rest in Großbritannien und

verschiedenen EU-Staaten.

Am Donnerstag hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einer Videoschleife während eines Treffens des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington erklärt, dass das Land "hunderte Milliarden Dollar für den Wiederaufbau" benötigen werde.

IWF-Chefin Kristalina Georgiewa warb dabei laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP für Hilfen für das Land "so weit wie möglich" in Form von Zuschüssen und nicht in Form von Krediten. Demnach soll verhindert werden, dass Kiew beträchtliche Schulden anhäufe. Deshalb, so Georgiewa, sollte die Unterstützung nicht als Kredit gewährt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62624d9e48fbef279b244e79.jpg>

9:25 de.rt.com: **Ukrainischer Ex-Abgeordneter bittet Wladimir Putin um politisches Asyl**  
Ilja Kiwa, der ehemalige Abgeordnete der Werchowna Rada, bat am Donnerstag den russischen Präsidenten Wladimir Putin, ihm politisches Asyl und die russische Staatsbürgerschaft zu gewähren. In einem auf Telegram [veröffentlichten](#) offenen Brief erklärte er:

"Ich bitte um die Erlaubnis, mir politisches Asyl zu gewähren und die Möglichkeit zu erhalten, Bürger der Russischen Föderation zu werden. Ich schwöre, die mir anvertrauten Pflichten treu zu erfüllen, die Staatsgrenzen zu stärken und die Russische Föderation als mein Heimatland zu verteidigen."

Seiner Veröffentlichung fügte er ein Video mit einem emotionalen Auftritt im russischen Fernsehen bei, in dem er seine Entscheidung kundtut. Er bereue seine früheren politischen Fehler, so Kiwa und fügte hinzu, dass die Ukraine künftig ein Teil Russlands werden sollte. Am 6. März erhob die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft Anklage gegen Kiwa wegen Landesverrats und der Verletzung der territorialen Integrität des Landes. Kiwa teilte mit, dass er wegen der Verfolgung nach Spanien und von dort aus nach Russland gegangen sei. Später wurde ihm auf einer Rada-Sitzung das Mandat entzogen. Am 16. März setzte das staatliche Ermittlungsbüro (GUR) der Ukraine den ehemaligen Abgeordneten auf eine Fahndungsliste. Am 29. März beschuldigte die Behörde Kiwa, Kriegspropaganda zu betreiben und zu einem gewaltsamen Machtwechsel in der Ukraine aufzurufen.

Sowohl in Russland als auch in der Ukraine ist Kiwa als politische Figur nicht unumstritten. Der 45-Jährige gehörte seit 2019 der Partei Oppositionelle Plattform für das Leben an und pflegte prorussische und antifaschistische Ansichten. Davor war er ein Jahr Chef der Sozialistischen Partei. Im Jahr 2014 nahm er an den Ausschreitungen auf dem Kiewer Maidan teil und lernte den Chef der rechtsextremen Organisation Rechter Sektor Dmitri Jarosch kennen. In den Jahren 2014 bis 2015 nahm er als hoher Funktionär des Rechten Sektors an der sogenannten Anti-Terror-Operation in der Region Donbass teil und in den Jahren 2016 bis 2017 war Kiwa als Berater des ukrainischen Innenministers tätig.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626251b948fbef29f8225f33.jpg>

10:33 (9:33) novorosinform.org: **Die Ukraine weigerte sich, am 22. April humanitäre Korridore für die Evakuierung der Bevölkerung zu öffnen**

Die stellvertretende Premierministerin, Ministerin für die Reintegration der vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine, Irina Wereschtschuk, erklärte, dass es am 22. April wegen der Gefahren auf den Routen keine humanitären Korridore geben werde.

Wereschtschuk schrieb dies in ihrem Telegram-Kanal.

„Ich appelliere an alle, die auf die Evakuierung warten: Geduld, bitte durchhalten!“ schrieb Wereschtschuk in einer Nachricht.

Zuvor sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Kiew verlange einen dringenden humanitären Korridor vom Werk „Asowstal“ in Mariupol, wo sich nach ihren Angaben etwa tausend Zivilisten befänden. Gleichzeitig ignorierte sie die Tatsache, dass Russland zuvor wiederholt humanitäre Korridore nicht nur für Zivilisten, sondern auch für ukrainische Kämpfer unter der Bedingung angeboten hatte, dass sie ihre Waffen niederlegen, was letztere als unmöglich ansahen.



[https://novorosinform.org/content/images/33/68/43368\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/68/43368_720x405.jpg)

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.4.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 146 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss waren die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden **9 Zivilisten verletzt**. 17 Wohnhäuser, 4 zivile Infrastrukture Objekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 59 ukrainische Nationalisten, einen 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, einen Schützenpanzer und einen Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Panzer, 2 120mm-Mörser, ein Panzerfahrzeug und ein Lastwagen wurden erbeutet.

9:45 de.rt.com: **London erteilt Gazprombank und ihren Tochtergesellschaften eine Lizenz für Gaszahlungen**

Die britische Behörde für die Durchsetzung von Finanzsanktionen, Financial Sanctions Enforcement Authority, hat eine allgemeine Lizenz bis zum 31. Mai 2022 erteilt, die Gaszahlungen an die Gazprombank und ihre Tochtergesellschaften ermöglicht.

Gemäß einer Stellungnahme der Behörde geht es dabei um die Bezahlung von Lieferungen aus Verträgen, die vor der Erteilung der Bewilligung abgeschlossen wurden. Die Genehmigung soll "die Verfügbarkeit von Gas in der Europäischen Union sicherstellen".

Am 24. März verhängte das Vereinigte Königreich Sanktionen gegen die Gazprombank, Roselkhozbank und Alfa Bank.

Zuvor hatte der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak darauf hingewiesen, dass die USA und das Vereinigte Königreich in den vergangenen Jahren zwar versichert hätten, dass ihre Abhängigkeit von russischen Energieressourcen abnehme, die Statistiken jedoch das Gegenteil belegten. Er wies darauf hin, dass die USA zwar kein russisches Gas kaufe, der Anteil des russischen Gases an den britischen Gesamtimporten aber von null im Jahr 2017 auf mehr als sechs Prozent bis Ende 2021 gestiegen sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626245a2b480cc0cac3c4615.jpg>

10:56 (9:56) novorosinform.oeg: **Ein ukrainisches Militärtransportflugzeug An-26 ist in der Region Saporoschje abgestürzt**

Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Saporoschje sagte, dass ein Militärtransportflugzeug vom Typ An-26 im Bezirk Wolnjanskij der Region abgestürzt sei. Es gebe Opfer.

Diese Information wurden im offiziellen Telegram-Kanal der regionalen Militärverwaltung von Saporoschje veröffentlicht.

„Das Flugzeug führte einen technischen Flug durch. Es gibt Opfer. Die Umstände werden untersucht“, teilte die regionale Polizeibehörde von Saporoschje mit.

Wer genau an Bord war und welche Art von Fracht transportiert wurde, geht aus der Nachricht nicht hervor. Da diese Flugzeuge jedoch bei der Luftwaffe eingesetzt werden, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um ein Militärflugzeug handelte.

Die An-26 ist ein sowjetisches Militärtransportflugzeug, das im Antonow-Konstruktionsbüro entwickelt wurde.

10:59 (9:59) novorosinform.org: **Der FSB verhinderte einen vom SBU vorbereiteten Terroranschlag gegen den russischen humanitären Konvoi**

Mitarbeiter des russischen FSB nahmen ukrainische Saboteure im von den russischen Streitkräften kontrollierten Gebiet fest, die planten, einen russischen humanitären Konvoi und Militärpersonal mit einer Autobombe in die Luft zu sprengen.

Dies wird von der Pressestelle FSB gemeldet, informiert RIA Novosti. Nach Angaben der Behörde wurde der Angriff auf Anweisung des Sicherheitsdienstes der Ukraine geplant und zur Ausführung vorbereitet.

Es wird angegeben, dass ukrainische Saboteure 8 kg Plastiden in die vordere Stoßstange eines Autos eingebaut haben, um den Terroranschlag auszuführen. Dies geschah, um einen russischen humanitären Konvoi aus einer Entfernung von 5 m zu sprengen, erklärte einer der festgenommenen Saboteure.

10:20 de.rt.com: **Russland spendet fast 20.000 Tonnen Weizen an Kuba**

Bereits vor der aktuellen globalen Lebensmittelkrise hatte der sozialistische Inselstaat vor allem wegen der sechzigjährigen Blockade durch die USA ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die globale Lebensmittelknappheit stellt für Kuba eine zusätzliche Herausforderung dar. Nun erhielt das Land eine tonnenschwere Weizenspende aus Russland. Russland spendet fast 20.000 Tonnen Weizen an Kuba

Die für Lebensmittel zuständige erste stellvertretende kubanische Ministerin Lázara Mercedes López Acea hat sich am Donnerstag bei der Russischen Föderation für eine Weizenspende im Umfang von 19,526 Tonnen bedankt, wie die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtete. Während der offiziellen Übergabezeremonie im Sitz des Ministeriums betonte die kubanische Regierungsvertreterin:

"Dies ist ein neuer Ausdruck der historischen und politischen Bande, die uns verbindet und die auf Freundschaft und gegenseitigem Respekt zwischen Kuba und der Russischen Föderation beruht."

Die Ministerin erinnerte daran, dass die letzten Jahre für beide Nationen angesichts der COVID-19-Pandemie und ihrer Auswirkungen auf die Weltwirtschaft schwer gewesen seien. López bedankte sich bei Russland und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen für deren Bemühungen zur Unterstützung des Inselstaates, die von den kubanischen Behörden sehr geschätzt werden würden.

Zudem bekräftigte die kubanische Regierungsvertreterin das Interesse Havannas daran, die

bilateralen Beziehungen der Zusammenarbeit zu stärken. Die kubanische Regierung sei überzeugt, dass "die Praxis der Solidarität, der internationalen Zusammenarbeit und des Multilateralismus der Weg zu einer gerechteren und nachhaltigeren Welt ist".

Der russische Botschafter in Kuba, Andrei Guskow, bekräftigte seinerseits Moskaus Willen zur Ausweitung der Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Inselstaat. Der russische Diplomat sagte:

"Diese humanitäre Lieferung wurde auf Beschluss der Regierung der Russischen Föderation auf die Insel geschickt. (...) Wir setzen auf diese Weise unsere Hilfe für das kubanische Volk fort, das angesichts der COVID-19-Pandemie gezwungen ist, sich mit der unrechtmäßigen und unmenschlichen amerikanischen Blockade auseinanderzusetzen."

Guskow zufolge hatte die russische Regierung bereits im letzten Jahr die Hilfslieferung beschlossen, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete. Jedoch habe sich der Transport aufgrund der antirussischen Sanktionen des Westens um einen Monat verzögert, da die Abkoppelung wichtiger Teile des russischen Bankensektors die Zahlung an die Spedition verzögert habe. Gegenüber Journalisten kritisierte der russische Diplomat:

"Die Geschehnisse zeigen deutlich, dass die einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen Russland, ähnlich wie die gegen Kuba, das Leben der einfachen Menschen beeinträchtigen."

Eine Reihe weiterer hochrangiger Vertreter der russischen und kubanischen Regierung nahmen ebenfalls an der Zeremonie in Havanna teil.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62625b1248fbef26190fcff0.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 22.04.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

12 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

5 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 18 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf Donezkij und Frunse abgefeuert.**

Durch Beschuss

- wurde in Frunse **eine Frau, geb. 1976 verletzt**, 13 Wohnhäuser sowie 2 leichte Fahrzeuge wurden beschädigt;

- wurden in Donezkij 3 Wohnhäuser beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien und evakuiert weiter Zivilisten.

10:25 de.rt.com: **Deutsches Unternehmen liefert Hightech-Drohnen an ukrainische Armee**

Die bayerische Firma [Quantum Systems](#) hat mehrere ihrer Hightech-Drohnen an die ukrainische Armee [geliefert](#). Die dringende Nachfrage nach dem Produkt sei natürlich auch ein Hinweis auf dessen Qualität, erklärte Quantum-Systems-Chef Florian Seibel dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Mithilfe der [Vector-Drohne](#) sei es den ukrainischen Streitkräften möglich, ihre Artillerie optimal auszurichten. Nach Angaben des Herstellers liefert die Vector-Drohne hochauflösende Echtzeitvideos über 15 Kilometer hinweg und bleibt bis zu zwei Stunden in der Luft. Lediglich fünf Tage seien zwischen Erstkontakt und Vertragsabschluss verstrichen, so Seibel. Um eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Lieferung handele es sich allerdings nicht. Bezahlt worden seien die Drohnen von ukrainischen Multimillionären, die von einer Spende an die Streitkräfte ihres Landes gesprochen hätten.

12:08 (11:08) [novorosinform.org](#): **Volle Kontrolle über den Donbass und die Südukraine – das russische Verteidigungsministerium nannte die Ziele der zweiten Phase der militärischen Sonderoperation**

Die russischen Streitkräfte planen, die volle Kontrolle über den Donbass und die Südukraine zu erlangen, sagte Generalmajor Rustam Minnekajew, stellvertretender Kommandeur des Zentralen Militärbezirks.

Die Hauptaufgabe der russischen Armee in der zweiten Phase der Sonderoperation bestehe darin, die vollständige Kontrolle über den Donbass und die Südukraine zu erlangen. Das teilte der stellvertretende Kommandeur des Zentralen Militärbezirks, Generalmajor Rustam Minnekajew, mit, schreibt TASS.

Er stellte fest, dass dies die Schaffung eines Landkorridors zur Krim und die Beeinflussung der lebenswichtigen Einrichtungen der Streitkräfte der Ukraine ermöglichen würde. Darüber hinaus würde die Kontrolle über die Südukraine den russischen Streitkräften einen weiteren Zugang nach Transnistrien verschaffen, wo die russischsprachige Bevölkerung ebenfalls unterdrückt werde. Minnekajew fügte hinzu, dass die neue Phase der Operation erst vor zwei Tagen begonnen habe.

Zuvor sagte der russische Präsident Wladimir Putin, dass Russland durch die Tragödie im Donbass gezwungen war, eine Sonderoperation zu starten. Er betonte, dass der Zweck der Spezialoperation darin bestehe, Menschen zu helfen.



[https://novorosinform.org/content/images/33/75/43375\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/75/43375_720x405.jpg)

12:39 (11:39) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Ehemalige Mitarbeiter der ukrainischen Polizei gingen zum Innenministerium der LVR**

Die Personalleiterin der Abteilung für innere Angelegenheiten des Bezirks Starobelsk des Innenministeriums der LVR, Oberleutnant der Polizei, Julia Romantschuk, sagte, dass 29 ehemalige Mitarbeiter der ukrainischen Polizei bereits in den Dienst des Innenministeriums der Republik versetzt wurden.

Laut Romantschuk verließen etwa 33% des Personals der ukrainischen Polizei das Territorium der LVR, berichtet RIA Novosti.

"Es gibt 29 ehemalige Mitarbeiter, die bereits eingestellt wurden (Angestellte der ukrainischen Polizei - Anm. d. Red.), 10 warten noch auf die Einstellung", sagte Romantschuk.

Sie stellte fest, dass die ehemaligen ukrainischen Polizisten, die sich den Reihen der LVR-Polizei angeschlossen haben, dies aus freiem Willen getan hätten und niemand sie „überredet“ habe. All die Ängste und Zweifel der ehemaligen ukrainischen Polizisten seien allmählich verschwunden, fügte die Beamtin hinzu.



[https://novorosinform.org/content/images/33/74/43374\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/74/43374_720x405.jpg)

11:55 [de.rt.com](https://de.rt.com): **Polens Grenzschutz: Mehr Ausreisen gen Ukraine als Einreisen**

Seit Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar sind fast 2,9 Millionen Ukrainer ins Nachbarland Polen geflüchtet. Das teilte der polnische Grenzschutz am Freitag auf Twitter mit. Jedoch wurden bereits den zweiten Tag in Folge mehr Einreisen in die Ukraine als Ausreisen aus dem östlichen Nachbarland gezählt. Am Donnerstag kamen demnach rund

19.300 Flüchtlinge. Etwa 23.600 Menschen hätten Polen in Richtung der Ukraine verlassen. Dabei handelte es sich nach Angaben der Behörden zum Großteil um ukrainische Staatsbürger. Sie reisten meist in Gebiete, die von der ukrainischen Armee bereits zurückerobert wurden. Allerdings gibt es ähnlich wie in Deutschland keine offiziellen Angaben, wie viele der Kriegsflüchtlinge in Polen geblieben und wie viele in andere EU-Staaten weitergereist sind.

#### **nachmittags:**

##### 12:15 de.rt.com: **Macron warnt vor "Eisernem Vorhang" in Europa**

Angesichts der aktuellen diplomatischen Diskrepanzen zwischen den einzelnen EU-Staaten und Russland hat Frankreichs Präsident Emanuel Macron zu mehr Besonnenheit aufgerufen. Die EU dürfe demnach nicht zulassen, dass über Europa ein neuer Eiserner Vorhang fällt, sagte Macron dem Hörfunksender France Inter.

Es sei wichtig, so der französische Präsident weiter, die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der Europäischen Union zu Russland und zum Krieg in der Ukraine zu berücksichtigen. Es gelte nun, "alles zu tun, um eine Feuersbrunst zu verhindern. Der Krieg muss aufhören." Dabei komme Macron zufolge insbesondere europäischen Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien eine Vermittlerrolle zu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62626d2e48fbef26190fd016.jpg>

##### 12:25 de.rt.com: **Medienbericht: UnionPay pausiert Zusammenarbeit mit russischen Banken wegen Sanktionsrisiken**

Das chinesische Zahlungssystem UnionPay sollte eine Alternative zu Mastercard und VISA werden, die den Betrieb in Russland eingestellt haben. Medienberichten zufolge verweigert UnionPay aber wegen Sorgen vor Sanktionsrisiken die Zusammenarbeit mit russischen Banken.

Russische Banken, die auf der Sanktionsliste stehen, werden keine UnionPay-Karten ausstellen können, berichtete die russische Zeitung RBK mit Verweis auf mehrere Quellen in großen russischen Finanzinstituten. Das chinesische Zahlungssystem verzichtete demnach auf eine Zusammenarbeit und wolle nicht gegen die beispiellosen Sanktionen des Westens verstoßen.

Das Projekt zur Ausgabe von UnionPay-Karten werde vorübergehend pausiert, zitierte RBK eine von mehreren ungenannten Quellen. Große russische Finanzinstitute wie Sberbank,

WTB, Alfa Bank und Otkritie stehen auf der Sanktionsliste der USA, Großbritanniens und der Europäischen Union. Vor der Verhängung der Sanktionen hatten diese Banken die Ausstellung von UnionPay-Karten angekündigt.

UnionPay sollte ursprünglich eine Alternative zu den weltgrößten Kreditkartenanbietern VISA und Mastercard werden, die im März ihren Betrieb in Russland eingestellt haben. In der Folge hatten viele Bürger gehofft, mit Karten chinesischer Banken zahlen zu können.

Auch die russische Tageszeitung Kommersant berichtete im April, dass ausländische Internetgeschäfte die Zahlungen aller in Russland herausgegebenen Karten, auch der von UnionPay, blockierten.

Russische Bürger können derzeit mit von russischen Banken ausgestellten VISA-, Mastercard- oder American-Express-Kreditkarten nur noch in Russland bezahlen, was unter anderem Auslandsreisen erschwert. Auch grenzüberschreitende Transaktionen sind nicht mehr möglich, etwa Einkäufe in ausländischen Online-Shops.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6262697f48fbef296718439c.jpg>

### 12:35 de.rt.com: **Peking: G20 sollte genutzt werden, um über Wirtschaft zu sprechen, nicht über die Ukraine**

China ist der Ansicht, dass die Gruppe der Zwanzig (G20) und andere relevante internationale Institutionen genutzt werden sollten, um internationale Wirtschaftsfragen und nicht die Ukraine-Krise zu diskutieren. Darauf wies der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian am Freitag hin und kommentierte damit eine Erklärung der Gruppe der Sieben (G7), in der die Parteien ihr Bedauern über die Teilnahme Russlands am G20-Finanzgipfel ausdrückten. Der Diplomat sagte:

"Wir haben auf die entsprechende Erklärung der G7 hingewiesen. Wir glauben, dass die G20 und andere relevante internationale Institutionen Plattformen sind, um internationale Wirtschafts- und Finanzfragen zu diskutieren. Dies ist nicht der richtige Ort, um die ukrainische Frage zu bereden."

Zhao stellte fest, dass das derzeitige internationale Umfeld mit vielen Unsicherheiten konfrontiert sei und die internationale Gemeinschaft zusammenkommen müsse, um diese zu bewältigen. Er betonte:

"Die G7-Mitglieder sollten einen verantwortungsvollen Ansatz verfolgen, eine Politisierung und Militarisierung der internationalen Zusammenarbeit vermeiden und mehr Stabilität und Sicherheit in eine Welt bringen, die mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert ist."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62626d2e48fbef29671843a5.jpg>

13:52 (12:52) novorosinform.org: **Russland ist bereit, ein Regime der Ruhe für die Evakuierung aus „Asowstal“ einzuführen - Russisches Verteidigungsministerium**

Für die Evakuierung von Zivilisten und ukrainischen Kämpfern, die bereit sind, ihre Waffen niederzulegen, aus „Asowstal“ könnte das russische Verteidigungsministerium erneut ein "Regime der Ruhe" einführen, erklärte das Ministerium.

Dies teilte RIA Novosti unter Bezugnahme auf eine Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums mit.

„Russland ist bereit, wieder ein „Regime der Ruhe“ für die Evakuierung von Kämpfern, die bereit sind, ihre Waffen niederzulegen, und Zivilisten, falls vorhanden, aus Asowstal einzuführen“, heißt es in der Veröffentlichung.

Die Behörde erklärte, dass Kämpfer oder Zivilisten, um eine humanitäre Pause in Mariupol einzuleiten, weiße Fahnen entlang des Umkreises oder in bestimmten Gebieten von Asowstal hissen müssten.



[https://novorosinform.org/content/images/33/82/43382\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/82/43382_720x405.jpg)

13:05 de.rt.com: **Polnische Regierung will Öllieferverträge mit Russland kündigen**

Die polnische Seite erwägt die Möglichkeit, frühere Öllieferverträge mit Russland zu kündigen. Dies verkündete der Sprecher der polnischen Regierung für strategische

Energieinfrastruktur Piotr Naimski am Freitag gegenüber dem Radiosender Wnet. Auf die Frage, ob Warschau plane, die Öllieferverträge mit Russland zu kündigen, antwortete der Beamte, dass es solche Pläne gebe. Er erklärte:  
"Es besteht die Absicht, Ölverträge zu kündigen. Sie ist absolut realistisch. Jeder, der Erdöl produziert, kann eine Versorgungsquelle für Polen sein."  
Laut Naimski werden "in den Raffinerien in Gdańsk und Płock etwa 26 bis 27 Millionen Tonnen Öl raffiniert". Er fügte hinzu:  
"Etwa 60 Prozent dieses Öls kommt derzeit aus Russland."  
Der Sprecher versicherte, dass die polnischen Raffinerien im Falle eines Embargos für Öllieferungen aus Russland in der Lage sein werden, zu 100 Prozent auf anderes Öl umzusteigen. Naimski hob hervor:  
"Das wird natürlich teuer, denn eine Vertragsänderung in einer Situation, in der viele andere Käufer auf der ganzen Welt nach dieser Ressource suchen, wird den Preis zumindest eine Zeit lang in die Höhe treiben. Dieser Preis wird zu zahlen sein. Das ist der Preis für unsere Beteiligung am Krieg."

### 13:06 de.rt.com: **Gonzalo Lira ist am Leben und gibt kurzes Statement in YouTube-Interview**

Das tagelange Schweigen des in der Ukraine lebenden chilenischen Autors und Selenskij-Kritikers Gonzalo Lira beunruhigte viele Menschen, die ihn kennen oder seine Arbeit schätzen. Nun gibt es von ihm ein Lebenszeichen in Form eines kurzen Interview-Statements. Die Sorge um Gonzalo Lira erfährt eine kurze Pausenzeit. Nachdem tagelang befürchtet werden musste, dass der in der Ukraine lebende Chilene, mit zusätzlicher US-amerikanischer Staatsbürgerschaft, ernsthafte Probleme durchleben muss, bis hin zu der nicht unwahrscheinlichen Möglichkeit seiner Ermordung, können Angehörige wie Sympathisanten erstmalig aufatmen. Lira hatte vor einigen Tagen erklärt, dass man ihn zu den Verschwundenen zählen müsse, wenn er sich zwölf Stunden lang nicht melden würde. Diese Aussage wird durch das Interview nun vorerst entschärft.

Das Video ist knapp vier Minuten lang, und das [Gespräch](#) führt der Journalist Alex Christoforou, einer der Macher des [Channels](#) The Duran. Lira wirkt sehr erschöpft, jedoch auch erleichtert, endlich ein Lebenszeichen von sich senden zu können. In Bezug auf seinen aktuellen Status quo sagt er zu Beginn des Gesprächs:

"Es ist Freitag, der 22. April 2022, ich bin in Charkow, mir geht es gut. Ich will nur sagen, ich bin wieder online."

Ihm gehe es physisch gut, er sei etwas durcheinander, nachdem er am 15. April gegen Mittag vom ukrainischen Geheimdienst SBU festgenommen worden sei. Er bedankte sich für die weltweite Aufmerksamkeit, die er erfahren habe, um ein zweites mal zu erwähnen, dass es ihm körperlich gut gehe. Er merkte allerdings an, dass weit mehr Aufmerksamkeit den Personen gewidmet werden sollte, die er über seinen Twitter-Account [@realGonzaloLira](#) "hervorgehoben" habe. Einige von ihnen seien verschwunden, wenn nicht gar getötet worden. Lira nennt dabei keine Namen.

Er führte weiter aus, dass er aktuell nicht im Besitz seines eigenen Mobiltelefons und seines Computers sei. Alle Veröffentlichungen nach dem 15. April, auf seinen Social-Media-Kanälen auf YouTube, Twitter und Telegram, seien nicht durch ihn erfolgt, da seine Passwörter bekannt wurden. Alle seine Zugänge zu alten Konten seien ihm untersagt und nicht möglich. Daher könne er nur durch neue Adressen wieder Kontakt zu den Menschen aufnehmen, wie auch zu Alex Christoforou.

Die "offizielle Seite" der Stadt habe ihm ausdrücklich untersagt, Charkow zu verlassen. Er werde sich daher wieder melden. Am Ende des kurzen Statements kündigte er an:

"Ich werde etwas Kluges zu sagen haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626281abb480cc0d58485b9e.jpg>

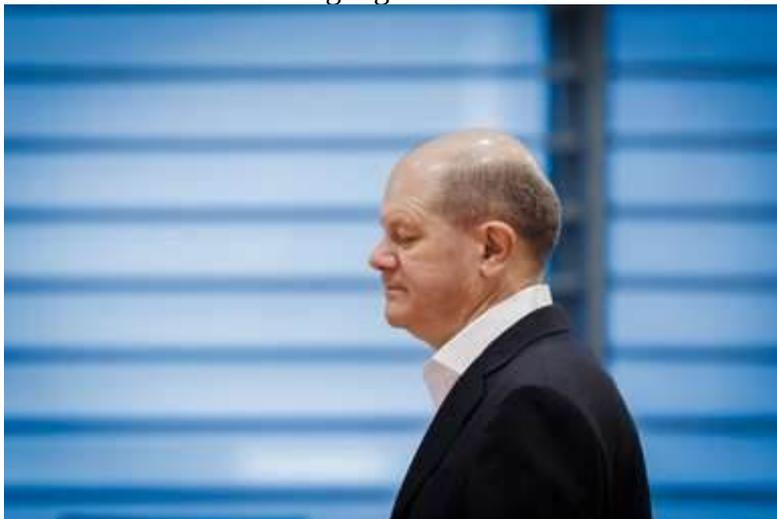
13:40 de.rt.com: **Scholz zu Zurückhaltung bei Lieferung von schweren Waffen: Es darf "keinen Atomkrieg geben"**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat angesichts der scharfen Kritik an seiner Zurückhaltung, schwere Waffen wie etwa Panzer an die Ukraine zu liefern, davor gewarnt, dass ein solcher Schritt womöglich schwere Folgen haben und sogar in einem Atomkrieg münden könne. "Ich tue alles, um eine Eskalation zu verhindern, die zu einem Dritten Weltkrieg führt", sagte er dem Nachrichtenmagazin Spiegel in einem am Freitag veröffentlichten Interview:

"Es darf keinen Atomkrieg geben."

Ungeachtet seiner eigenen Warnung kündigte der Bundeskanzler dennoch weitere kleine Waffenlieferungen zur Unterstützung des osteuropäischen Landes an. "Die Möglichkeiten der Bundeswehr, aus ihrem Arsenal weitere Waffen zu liefern, sind weitgehend erschöpft. Was noch verfügbar gemacht werden kann, liefern wir aber auf jeden Fall noch", so Scholz weiter. Dabei denke er insbesondere an Panzerabwehrwaffen, Panzerrichtminen sowie Artilleriemunition. Hierfür habe man mit der deutschen Industrie zusammen eigens eine Liste mit militärischer Ausrüstung erstellt, die rasch lieferbar sei, erklärte der SPD-Politiker. Diese sei mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium abgesprochen:

"Wie bisher also Verteidigungswaffen und Mörser für Artilleriegefechte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626288d5b480cc0cac3c4670.jpg>

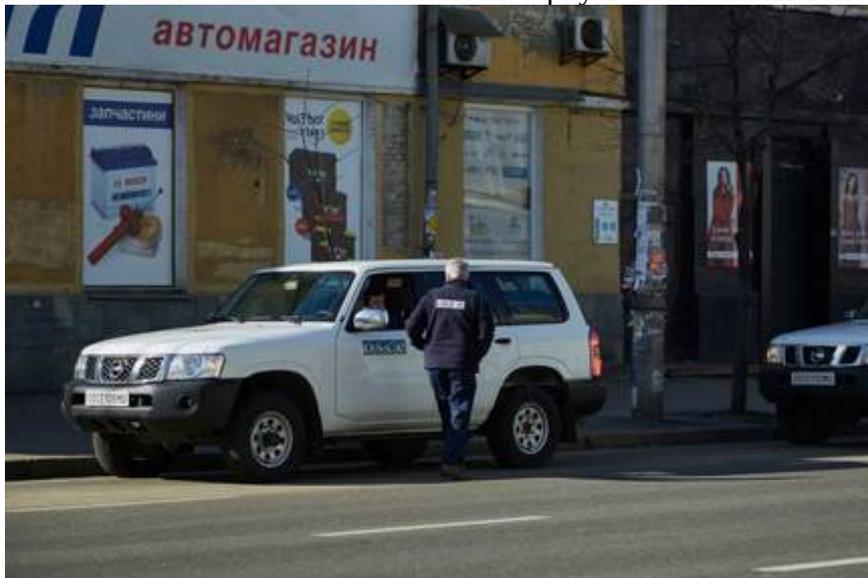
14:00 de.rt.com: **Lugansk: Festgenommener OSZE-Beamter soll Daten an ausländische Geheimdienste weitergegeben haben**

Ein in der Lugansker Volksrepublik inhaftierter OSZE-Beamter hat gestanden, geheime Informationen aus dem militärischen Bereich an Vertreter ausländischer Geheimdienste weitergegeben zu haben. Das teilte das Ministerium für Staatssicherheit der LVR mit. In einer entsprechenden Erklärung heißt es:

"Im Rahmen der Ermittlungen in dem nach Artikel 335 des Strafgesetzbuches der LVR 'Hochverrat' gegen einen Einwohner der LVR und Mitarbeiter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eingeleiteten Strafverfahren hat das Ministerium für Staatssicherheit ein Geständnis des Inhaftierten erhalten."

Die Behörde stellte fest, dass "der OSZE-Mitarbeiter Michail Petrow zum Schaden der Sicherheit der Volksrepublik Lugansk geheime Informationen aus dem militärischen Bereich an Vertreter ausländischer Geheimdienste weitergegeben hat". Außerdem hieß es in dem Dokument:

"Darüber hinaus wurden im Zuge der operativen Ermittlungen Informationen über die Beteiligung von Personen aus den Reihen der Streitkräfte der Ukraine an der Organisation und Begehung des Autobombenanschlags gewonnen, bei dem im April 2017 ein Mitarbeiter der OSZE-Sonderbeobachtermission ums Leben kam. Die Ermittlungen haben ergeben, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die Absicht hatte, einen Bürger der Russischen Föderation aus dem Personal der Mission physisch zu eliminieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6262894448fbef26190fd047.jpg>

#### 14:15 de.rt.com: **Nächste Ziele der Militäroperation benannt: Russland strebt Kontrolle auch über die Südukraine an**

Das russische Militär hat die Ziele für die zweite Phase der Sonderoperation in der Ukraine benannt. Wie zuvor schon mehrmals angekündigt, soll in erster Linie die vollständige Befreiung der Donbass-Republiken in ihren früheren Grenzen erreicht werden. Hinzu kommt nun auch die Kontrolle über strategisch wichtige Teile der Ukraine.

In der zweiten Phase der speziellen Militäroperation plant die russische Armee, die vollständige Kontrolle über den Donbass und den Süden der Ukraine zu erlangen sowie einen Landkorridor zur Krim zu schaffen. Das erklärte der stellvertretende Befehlshaber des Zentralen Militärbezirks, Rustam Minnekajew. Er fügte hinzu, dass die Kontrolle über die Südukraine den russischen Streitkräften den Zugang zu Transnistrien eröffnen würde. Dort gebe es Fälle der Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung.

"Seit Beginn der zweiten Phase der Sonderoperation, die buchstäblich vor zwei Tagen begonnen hat, besteht eine der Aufgaben der russischen Armee darin, die vollständige Kontrolle über den Donbass und den Süden der Ukraine herzustellen. Damit wird ein

Landkorridor zur Krim geschaffen, der auch lebenswichtige Einrichtungen der ukrainischen Wirtschaft betrifft", sagte Minnekajew am Freitag auf der Jahresversammlung des Verbandes der Verteidigungsindustrie des Gebiets Swerdlowsk.

Die international nicht anerkannte Transnistrische Moldawische Republik ist eine abtrünnige Region in Moldawien, wo seit einem Bürgerkrieg russische Friedenstruppen stationiert sind. Transnistrien grenzt im Osten an die Gebiete Odessa und Winniza in der Ukraine. In Transnistrien leben bis zu 200.000 russische Staatsbürger. Das Gebiet hat keinen Zugang zum Schwarzen Meer und damit keine direkte Verbindung nach Russland. Die Beziehungen zu der prowestlichen Regierung Moldawiens sind seit Jahrzehnten sehr angespannt. Die Schaffung eines Landkorridors nach Transnistrien würde die Einnahme der Schwarzmeergebiete Nikolajew und Odessa im Süden der Ukraine bedeuten.

In vielen Städten der Südukraine, die aktuell unter russischer Kontrolle stehen, werden derzeit provisorische zivil-militärische Administrationen gebildet. Auch der Zugang zu russischen Medien wird geschaffen und die Bezahlung in Rubel eingeführt. Der von der Ukraine erhoffte militärische Widerstand von Untergrundkämpfern gegen die russischen Truppen blieb bislang aus.

Aber vor allem die Lage in dem von Russland vollständig besetzten südukrainischen Gebiet Cherson nördlich der Krim bleibt angespannt. Zwei mit Russland kooperierende prominente Lokalpolitiker wurden in den letzten Wochen erschossen. Immer wieder gibt es Versuche, die Verteilung humanitärer Hilfsgüter an die Zivilbevölkerung zu stören. Russische Aufklärer entdecken immer wieder kleinere, zuvor angelegte Waffenlager, mutmaßliche Saboteure werden festgenommen.

Andererseits wird die nach dem Kiewer Maidan im Jahre 2014 gekappte regionale wirtschaftliche Kooperation mit der Krim wiederhergestellt und Verkehrswege instandgesetzt. "Jetzt ist im Wesentlichen ein einheitlicher Wirtschaftskomplex wiederhergestellt, der viele Jahre lang zwischen den Oblasten Cherson, Saporoschje und der Krim bestand", sagte der stellvertretende Ministerpräsident der Krim-Regierung, Georgi Muradow, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Tass am 7. April.

"Dann [nach dem Ende der militärischen Sonderoperation in der Ukraine] wird sich natürlich die Frage nach der Fortsetzung und dem Ausbau der engsten wirtschaftlichen, kulturellen, humanitären und menschlichen Zusammenarbeit mit den Regionen Cherson und Saporoschje stellen."

Der Ständige Vertreter der Krim beim russischen Präsidenten Muradow erinnerte auch daran, dass vor der Oktoberrevolution die Gebiete der Krim, Cherson und Saporoschje eine einheitliche Region bildeten: die Provinz Taurida.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626279c848fbef2bca4d17c0.jpg>  
 (Aktuelle Karte der Konfliktregion in der Ukraine (auf Spanisch) [www.globallookpress.com](http://www.globallookpress.com))

#### 15:00 de.rt.com: **Großbritannien führt Ausbildung ukrainischer Truppen fort**

Großbritannien setzt die militärische Ausbildung ukrainischer Truppen im Vereinigten Königreich fort. "Ein paar Dutzend" Soldaten seien zu diesem Zweck vergangene Woche nach Großbritannien gereist, sagte ein Sprecher Johnsons gegenüber britischen Medien. Sie würden die Handhabung von 120 Fahrzeugen des Typs Mastiff, Wolfhound und Husky lernen, die an Kiew geliefert werden.

Demnach sei es das erste Mal seit Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar, dass die Ausbildungsmission stattfände. Diese war zuvor aufgrund der unvorhergesehenen Ereignisse pausiert worden.

#### 15:07 de.rt.com: **Chinas staatliche Nachrichtenagentur wirft Washington "Finanzterrorismus" vor**

In einem Kommentar bezichtigt Chinas amtliche Nachrichtenagentur die USA, ihre hegemoniale Stellung im internationalen Finanzsystem und die Dollardominanz willkürlich gegen andere Staaten als Waffe einzusetzen. Doch das führe letztlich zum Kollaps dieses Systems.

Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua hat einen Kommentar zur Sanktionspolitik der Vereinigten Staaten veröffentlicht, in dem Washington "unbegrenzter Finanzterrorismus" vorgeworfen wird. Auch ohne einen einzigen Schuss abzufeuern oder Soldaten in der Ukraine zu stationieren, seien die Vereinigten Staaten gewissermaßen zu Beteiligten im militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine geworden. Indem die USA ihre globale finanzielle Vormachtstellung als Waffe einsetzten, verschärfe Washingtons Finanzterrorismus die ohnehin schon hoch aufgeladene Konfrontation und sende Schockwellen um die Welt. Xinhua-Kommentare gelten aufgrund der besonderen Nähe der Nachrichtenagentur zur regierenden Kommunistischen Partei als Widerspiegelung der offiziellen chinesischen Politik.

Russland und der Rest der Welt spürten bereits die Folgen der im Zuge des russischen Einmarsches in die Ukraine verhängten US-Sanktionen, die viele russische Banken vom

internationalen Finanzsystem SWIFT ausschlossen und beachtliche russische Finanzreserven beschlagnahmten. Die Sanktionen hätten die Preisanstiege bei Erdöl- und Erdgaspreisen verschlimmert. Die dramatischen Steigerungen bei einigen wichtigen Waren habe zu einer erhöhten Inflation in vielen Staaten geführt und die bereits stagnierende Weltwirtschaft weiter in die Krise gestürzt.

Vor dem Hintergrund dieser Situation stellt Xinhua fest:

"Es ist sehr deutlich, dass die Vereinigten Staaten unter Ausnutzung der weltweiten Dominanz des US-Dollars das internationale Finanzsystem in ein internationales Sanktionssystem umwandeln."

Innerhalb der letzten 50 Jahre hätten die USA das "maßlose Privileg", wie es Mitte der 1960er-Jahre der damalige französische Finanzminister und spätere Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing ausdrückte, in eine "maßlose Waffe der finanziellen Massenzerstörung" zum Einsatz bei geopolitischen Auseinandersetzungen verwandelt.

Die chinesische Nachrichtenagentur verweist darauf, dass Washington bereits Anfang dieses Jahrhunderts ähnliche Maßnahmen, die es jetzt gegen Russland anwendet, gegen Iran eingesetzt hatte. Noch heute spüre die iranische Wirtschaft die negativen Auswirkungen dieser Sanktionen. Xinhua warnt:

"Die jüngsten Sanktionen und Drohungen weiterer Sanktionen gegen Russland sind ein weiteres deutliches Beispiel dafür, dass Washington seine Dollar-Hegemonie immer skrupelloser für eigennützige Zwecke missbraucht. Die Weltgemeinschaft sollte wachsamer gegenüber Washingtons grenzenlosem Finanzterrorismus sein."

Die US-amerikanischen Aktionen erinnern alle Staaten an die gefährliche Möglichkeit, je nach aktueller Laune Washingtons von den globalen Finanzmärkten abgekoppelt zu werden. Immer mehr Regierungen bewerteten die Entdollarisierung als Vorsichtsmaßnahme gegen den möglichen "Finanzterrorismus" Washingtons positiv. Der globale Rückgang des US-Dollars als Reservewährung falle nicht zufällig mit der immer häufigeren Anwendung finanzieller Sanktionen durch Washington zusammen. Xinhua verweist darauf, dass im Jahr 2000 noch 70 Prozent aller Devisenreserven in Dollar gewesen waren, während es im Jahr 2021 weniger als 60 Prozent waren. Dagegen werde die Bedeutung von Währungen einiger aufstrebender Ländern wie Chinas Renminbi größer.

"Menschen mit wirtschaftlichen Grundkenntnissen wissen, dass der Wert einer Währung auf dem Vertrauen der Menschen in ihren Emittenten beruht, in der Regel die Regierung eines Landes. Die schwindende Dominanz des Dollars ist ein prognostischer Indikator für das schwindende Vertrauen, das die Welt Washington entgegenbringt."

Wie im Geschicklichkeitsspiel Jenga stehe zwar der Turm der Dollardominanz noch, aber einige tragende Blöcke seien bereits herausgenommen worden. Ein vollständiger Kollaps könne sich zwar über einige Zeit erstrecken, aber angesichts des aktuell von Washington eingeschlagenen "schlechten und destruktiven Pfades" erscheine er letztendlich unabwendbar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6262865fb480cc0d3c3bcfc7.jpg>

15:40 de.rt.com: **Baltische Staaten boykottieren russisches Gas**

Estland, Lettland und Litauen würden nach Angaben des lettischen Ministerpräsidenten Krisjanis Karins derzeit kein russisches Gas mehr beziehen. Dies wollten die drei Länder angesichts der aktuellen Entwicklungen auch zukünftig vermeiden. "Zu diesem Zweck werden wir zusammenarbeiten, um genügend Gasvorräte sicherzustellen", sagte Karins auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach einem Treffen der drei baltischen Ministerpräsidenten:

"Und wir werden den unterirdischen Gasspeicher in Lettland nutzen."

17:21 (16:21) novorosinform.org: **Polnischer General beschuldigte Johnson, Militärgeheimnisse preisgegeben zu haben**

Mit seinen Äußerungen gefährde Boris Johnson die Sicherheit von Soldaten, sagte der frühere Kommandeur der polnischen Bodentruppen, General Waldemar Skrzypczak.

Der polnische General Waldemar Skrzypczak, der einst im Irak diente, war empört über die Worte des britischen Premierministers Boris Johnson über die Ausbildung des ukrainischen Militärs auf dem Territorium anderer Staaten, berichtet Lenta.ru unter Berufung auf „Fakt“. Zuvor hatte Boris Johnson auf einer Pressekonferenz gesagt, dass die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte den Umgang mit den neuesten Luftverteidigungssystemen in Polen und den mit neuen gepanzerte Fahrzeuge in Großbritannien beherrschen lernten.

"Es ist schwer vorstellbar, dass einer der Politiker während im Fernsehen über unsere Pläne oder Trainings spricht", sagte Skrzypczak und warf dem britischen Premierminister im Wesentlichen vor, Militärgeheimnisse preisgegeben zu haben.

Er fügte hinzu, dass Moskau aufgrund von Johnsons Äußerungen nun über die Absichten des Gegners informiert sei. Der britische Regierungschef gefährde das Leben von Militärangehörigen, schloss der polnische General.



[https://novorosinform.org/content/images/33/97/43397\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/33/97/43397_720x405.jpg)

### 16:28 de.rt.com: "Am Rande des Krieges": Sender in Taiwan entschuldigt sich für Eilmeldungen über Angriff Chinas

China überfällt Taiwan: Mit diesen Schlagzeilen sorgte ein taiwanischer TV-Sender für kurze Panik unter den Zuschauern. Anschließend wurde die Panne mit einem "technischen Versehen" begründet. Zwei Top-Managerinnen sind zurückgetreten.

Der taiwanische Fernsehsender CTS meldete diese Woche einen Angriff Chinas auf Taiwan. In der Nachrichtensendung am Mittwochmorgen waren die folgenden Schlagzeilen zu lesen: "Raketen der Volksbefreiungsarmee treffen Neu-Taipeh", "Explosionen im Hafen von Taipeh, Schiffe zerstört" und "Am Rande des Krieges".

Die falschen Kriegswarnungen trafen einen Nerv, da die Bevölkerung Taiwans befürchtet, dass China eines Tages seinen kleineren Nachbarn angreifen könnte.

Als Reaktion auf die Panik der Zuschauer erklärte das Management, die Schlagzeilen seien in einer am Dienstag aufgezeichneten Katastrophenübung verwendet worden. Die Einblendungen seien in den Nachrichten aufgrund eines technischen Fehlers aufgetaucht. So wurden nicht nur falsche Meldungen über einen chinesischen Angriff, sondern etwa auch über einen Vulkanausbruch und ein starkes Hagel-Unwetter verbreitet. "CTS entschuldigt sich aufrichtig dafür, dass dieser schwerwiegende Fehler in der Öffentlichkeit Panik und Ärger verursachte", hieß es in einer Erklärung.

Wie am Freitag bekannt wurde, traten zwei Top-Managerinnen des Kanals zurück. Es handelt sich um CTS-Geschäftsführerin Chen Ya-ling sowie Tchen Yu-chiou, Vorstandsvorsitzende der TBS-Gruppe, zu der CTS gehört.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6262ad9c48fbef26190fd073.jpg>

16:30 de.rt.com: **Ukraine-Krieg: Treffen zu militärischer Lage in Ramstein geplant**

Angesichts des Krieges in der Ukraine hat US-Verteidigungsminister Lloyd Austin zu einem Treffen auf den US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein geladen, um mit US-Verbündeten über die militärische Lage in der Ukraine zu beraten. Das Treffen soll nach Angaben des Pentagons bereits am kommenden Dienstag stattfinden. Details zu den Teilnehmern nannte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, allerdings nicht.

In der Presseeinladung des Verteidigungsministeriums heißt es lediglich, es seien "Verteidigungsminister und hochrangige Militärbedienstete aus Ländern weltweit" eingeladen.

Bei dem Treffen solle es der Meldung zufolge insbesondere um die Frage gehen, wie in der Ukraine dauerhafte Sicherheit und Souveränität erreicht werden können. "Wir denken, dass es an der Zeit ist, auch diese Diskussion zu führen", sagte Kirby. Außerdem solle es um die weitere militärische Unterstützung der Ukraine gehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6262b09948fbef5c9548dea3.jpg>

16:50 de.rt.com: **"Ringtausch": Großbritannien könnte Panzer an Polen liefern**

Wenn es nach den Plänen des britischen Premierministers Boris Johnson geht, könnte sich Großbritannien zukünftig an dem sogenannten "Ringtausch" für die Ukraine beteiligen. Ein entsprechendes Vorhaben werde nach Angaben von Johnson derzeit geprüft. Demnach würden Polens T-72-Panzer sowjetischer Bauart dann von Warschau an die Ukraine weitergegeben werden. Das teilte der britische Premierminister am Freitag während eines Besuchs in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi mit.

Bislang verzichtete London auf eigene Panzerlieferungen an die Ukraine. Jedoch hatte der britische Premier erst kürzlich versprochen, 150 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ "Mastiff" an Kiew zu senden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6262b65e48fbef36e9054487.jpg>

17:20 de.rt.com: **Deutscher Ex-Brigadegeneral wirft Ukraine Undankbarkeit vor**  
Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) möchte der Ukraine weiterhin keine schweren Waffen liefern. Für seine Zurückhaltung erntete Scholz insbesondere aus Kiew schwere Kritik. Nun erhält der Kanzler allerdings Beistand von Ex-Brigadegeneral und Merkel-Berater Erich Vad: "Deutschland tut genug. Ich stehe absolut hinter der Entscheidung des Kanzlers, auch, bei den schweren Waffen nicht mitzugehen, sondern in dem Bereich zu bleiben. Das ist auch abgesprochen zwischen unseren Bündnispartnern", sagte Vad den Sendern RTL und ntv. Mit Blick auf die Kritik des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk, Deutschland tue noch zu wenig, sagte der Ex-Militär:

"Ich wünsche mir, dass die Ukraine auch ein bisschen Dankbarkeit zeigt und nicht diese Art der Kommunikation, die man politisch und regierungsseitig da erlebt, auch von dem Botschafter, der hier unterwegs ist. Das finde ich nicht in Ordnung. Das finde ich sehr un schön gegenüber einem Partner, der so viel tut und getan hat."

Der ukrainische [Botschafter](#) hatte Vad zuvor auf Twitter als "erbärmlichen Loser" bezeichnet.

**Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 22. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol und Kalinino Basisstationen in Betrieb genommen. In Berdjanskoje wurde Ausrüstung montiert. In Asowskoje, Melekino, Tscherwonoje und Jalta wurde die Klimaanlage an Kommunikationsobjekten wieder in Betrieb genommen.

Außerdem wurden Reparaturarbeiten an den Hochspannungsleitungen Telmanowo-Pawlopolskaja, Sarja-Pawlopolskaja, Krasnowka-Snamenowka sowie an den Unterstationen Talakowskaja- Pawlopolskaja und Olginka vorgenommen. Insgesamt wurden 780 Meter Leitung repariert. Die Hochspannungsleitung Ljubowka-Malinowskij wurde mit Anschlussstellen wieder in Betrieb genommen und vollständig angeschlossen.

In 15 Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

**Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums** der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 1500 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

**Rettungskräfte des Zivilschutzministeriums** der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 5 Hektar und 3100 Quadratmeter verschiedene Gebäude untersucht, 218 explosive Objekte wurden entdeckt. In Mariupol wurde der Bevölkerung humanitäre Hilfe in Form von

10.396 Paketen ausgegeben.

Nach Starodubowka, Sartana und Iwanowka wurden je 24 Flaschen Flüssiggas geliefert. Nach Mariupol wurden 60 Tonnen Wasser und 725 kg Brot für die Bevölkerung geliefert und die Verteilung organisiert.

In Mariupol, Wolodarskoje, Sartana, Blagodatnoje und Wladimirowka wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

### 17:50 de.rt.com: **"Ich betrachte Russland nicht als Feind" – Ukrainische Soldaten berichten über ihre Kriegsgefangenschaft**

Die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die freiwillig ihre Waffen niederlegten, berichteten positiv von ihren Haftbedingungen in Sewastopol und äußerten sich auch über ihre Haltung zu Folter und Misshandlung von Kriegsgefangenen der russischen Armee.

Ehemaligen Soldaten werden Videoberichte über ukrainische Nationalisten gezeigt.

Diejenigen, die mit RT [gespröchen](#) haben, sagten, dass sie zum friedlichen Leben mit ihren Familien zurückkehren möchten.

Dan-news.info: Im Zeitraum vom 15. bis 21. April 2022 starben aufgrund der ukrainischen Aggression auf dem Gebiet der DVR 225 Mitglieder der militärischen Strukturen und 42 Zivilisten, darunter 2 Kinder. 760 Mitglieder der militärischen Strukturen und 189 Zivilisten wurden verletzt.

### **abends:**

### 18:08 de.rt.com: **Medienberichte: Öltransporte aus Russland an "nicht näher bezeichnete Bestimmungsorte" nehmen zu**

Im April waren etwa 40 Prozent der russischen Öllieferungen per Tanker mit dem Vermerk "Bestimmungsort unbekannt" versehen, so The Wall Street Journal. Der Zeitung zufolge könnte es sich dabei um ein System zur Umgehung von Sanktionen durch Iran handeln. Russland habe seine Öllieferungen per Tanker im April auf 1,6 Millionen Barrel pro Tag

erhöht, verglichen mit 1,3 Millionen Barrel pro Tag im März. Dies berichtete The Wall Street Journal (WSJ) unter Berufung auf Daten von TankerTrackers. Auch die Daten des Analyseunternehmens Kpler zeigen einen Anstieg der Ölausfuhren. Deren Berechnungen zufolge stiegen die russischen Rohöllieferungen im April auf 1,3 Millionen Barrel pro Tag gegenüber einer Million Barrel pro Tag Mitte März.

Allerdings werde Öl aus russischen Häfen jetzt zunehmend mit Tankern verschifft, die mit dem Vermerk "Bestimmungsort unbekannt" versehen seien, so WSJ. Nach Angaben der Zeitung lag der Anteil dieser Sendungen im April bei 40 Prozent. Seit Anfang des Monats wurden auf diese Weise mehr als elf Millionen Barrel verschifft, mehr als in jedes andere Land.

Dies könnte darauf hindeuten, dass dieselben Schemata angewandt werden, die es Iran und Venezuela ermöglichten, die Sanktionen zu umgehen, heißt es in dem Artikel. In solchen Fällen wurde das Öl an größere Tanker geliefert, wo es mit Öl anderer Herkunft gemischt wurde. Jetzt werden auf dem Markt neue Ölsorten wie "lettische Mischung" und "turkmenische Mischung" angeboten, allerdings mit dem Hinweis, dass sie "einen erheblichen Anteil an russischem Öl" enthalten, schrieb die Nachrichtenagentur unter Berufung auf Händler.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten hat die Europäische Union noch kein Embargo gegen russische Öllieferungen verhängt, da die Mitgliedstaaten in dieser Frage keinen Konsens erzielen konnten. Einige von ihnen haben in Aussicht gestellt, gegen ein mögliches Verbot russischer Lieferungen Veto einlegen zu wollen, sagte Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Nach Angaben der Zeitung Figaro sind dies Deutschland, Österreich und Ungarn, während Polen und Frankreich das Embargo unterstützen.

Angesichts der Sanktionen ordnete Russlands Präsident Wladimir Putin eine Beschleunigung der Neuausrichtung der Öl- und Gasexporte an. Dies bezieht sich auf die Umsetzung von Infrastrukturprojekten. Eisenbahnen, Pipelines und Häfen, die "in den kommenden Jahren die Umleitung von Öl- und Gaslieferungen von Westen auf vielversprechende Märkte im Süden und im Osten ermöglichen werden". Der Bau neuer Öl- und Gaspipelines von Feldern in West- und Ostsibirien sollte ebenfalls ins Auge gefasst werden, sagte Putin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62629973b480cc550a0c442d.jpg>

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 22.4.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 2 Wohnhäuser beschädigt.

Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 27 ukrainische Nationalisten, einen Schützenpanzer und 2 Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer, ein 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und ein Lastwagen wurden erbeutet.

**Mit Trauer teilen wir mit, dass in der letzten Woche 20 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 119 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 21. März 2022 erhielt eine Gruppe unter dem Kommando von Gardeoberleutnant Roman Nikolajewitsch Brechow während der Befreiung von Mariupol von den ukrainischen Nationalisten die Aufgabe, die Positionen zu halten und ein Ausbrechen des Gegners aus der Umzingelung zu verhindern. Dank der Entschiedenheit, dem sachkundigen Kommando und den koordinierten Handlungen der Einheiten konnte die Gruppe an einem Tag fünf Durchbruchversuche verhindern. Trotz einer Verletzung kommandierte Oberleutnant R.N. Brechow weiter die Einheit und beteiligte sich an Kampfhandlungen, wodurch er ein Vorbild für Mut und Kühnheit für das ihm unterstellte Personal gab und sie begeisterte. Bei den Kämpfen vernichtete die Gruppe von Oberleutnant R.N. Brechow drei Panzerfahrzeuge, 2 Mörsermannschaften, mehr als 40 Nationalisten, darunter solche, die die Feuerleitung der Artillerie auf unsere Truppen durchführten. Dank der Aktivitäten der Einheit wurden die Nationalisten erfolgreich blockiert und vernichtet.

19:25 (18:25) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Die Europäische Kommission erlaubte die Zahlung von russischem Gas in Rubel**

Die EK nannte die Bedingungen, unter denen europäische Unternehmen die Möglichkeit haben sollen, russischen blauen Kraftstoff in der Landeswährung der Russischen Föderation zu bezahlen.

Die Europäische Kommission hat den EU-Ländern ein Schreiben übermittelt, in dem sie die Bedingungen erläutert, unter denen Unternehmen Gas aus der Russischen Föderation in Rubel bezahlen können, ohne gegen antirussische Sanktionen zu verstoßen. Das berichtet TASS unter Berufung auf die Agentur Reuters.

Es wird darauf hingewiesen, dass die EU in dem Dokument die Möglichkeit nannte, bestehende Verträge in Dollar oder Euro auf ein Konto bei einer russischen Bank zu zahlen, um sie anschließend in Rubel umzurechnen.

Es wird klargestellt, dass eines der möglichen Zahlungsschemata in Rubel die Eröffnung von Dollar- oder Euro-Konten durch europäische Unternehmen bei einer russischen Bank sein kann, der das Gasempfangsunternehmen die Währung gutschreibt, sie in Rubel umwandelt und die Zahlung vornimmt. Ein solches Schema, schreibt die Zeitung, schließt die Möglichkeit aus, dass westliche Länder die Zahlung für russisches Gas blockieren.

Gleichzeitig betont der Artikel, dass die EU europäischen Firmen nicht verbieten oder erlauben könne, für russischen Kraftstoff in der einen oder anderen Form, insbesondere in Rubel, zu bezahlen. Die Zuständigkeit der Kommission umfasse lediglich die Bewertung der

Umsetzung von EU-Rechtsnormen durch die Gemeinschaft.



[https://novorosinform.org/content/images/34/05/43405\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/34/05/43405_720x405.jpg)

20:01 (19:01) novorosinform.org: **Die russischen Streitkräfte übernahmen die Kontrolle über das Arsenal der Streitkräfte der Ukraine in der Region Charkow**

Spezialisten der Ingenieurtruppen fanden Lager mit einer großen Menge Munition, teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Im Zuge der Durchführung der Aufgaben der Spezialoperation übernahm das russische Militär die Kontrolle über das Arsenal der Streitkräfte der Ukraine in der Region Charkow, wo sich auf einer Fläche von mehreren hundert Hektar Hallen mit Tausenden Tonnen Munition befinden. Dies meldete das russische Verteidigungsministerium, schreibt TASS.

Es wird präzisiert, dass insbesondere Munition für Mehrfachraketenwerfer mit Streusprengköpfen in Lagern aufbewahrt wird, die unter die Kontrolle der RF-Streitkräfte gekommen sind. Es war solche Munition, die von den Streitkräften der Ukraine beim Beschuss von Zivilisten eingesetzt wurde, betonte die Behörde.

Darüber hinaus wurden in den Hangars Munition für Kleinwaffen, Kanonenartillerie, Luftverteidigungswaffen und verschiedene Granaten gelagert. Auch fand das russische Militär Minen und Granaten westlicher Produktion.



[https://novorosinform.org/content/images/34/10/43410\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/34/10/43410_720x405.jpg)

19:05 de.rt.com: **Lawrow: Moskau verhandelt mit niemandem über Sicherheitsgarantien für die Ukraine**

Der Moskauer Sender Radio Majak berichtet über Äußerungen des russischen Außenministers Sergej Lawrow zum Stand der Gespräche mit Kiew:

"Wir haben Gespräche geführt, die jetzt ins Stocken geraten sind, weil vor fünf Tagen ein weiterer Vorschlag, den wir den ukrainischen Unterhändlern unterbreitet haben und der auf der Grundlage ihrer Kommentare formuliert wurde, unbeantwortet geblieben ist. Und als wir Präsident Selenskij fragten, was er davon hält, von der nächsten Version der russischen Vorschläge, sagte er, wir haben noch nichts erhalten."

Und Lawrow weiter:

"Inwieweit er über die Situation Bescheid weiß, kann ich nicht beurteilen, aber es ist bezeichnend für den Stand des Prozesses, der sich Verhandlungen nennt."

Die Agentur TASS zitierte Lawrow mit der Bemerkung, Selenskij verstehe nicht, wovon er spreche, wenn er die Verhandlungen mit Russland und die Lage der Streitkräfte in Asowstal miteinander verbinde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6262c99048fbef36e90544a1.jpg>

20:31 (19:31) novorosinform: **In der DVR wurden Gefangene und Verwundete mit drei Mahlzeiten am Tag versorgt**

Ukrainische Kämpfer, die ihre Waffen niedergelegt haben, werden in Übereinstimmung mit internationalen Konventionen behandelt, sagte der Justizminister der DVR Juri Sirowatko. In der Volksrepublik Donezk werden gefangene Soldaten der Streitkräfte der Ukraine unter Einhaltung internationaler Konventionen menschlich behandelt. Dank zusätzlicher Feldküchen werden die Gefangenen und Verwundeten mit warmen Mahlzeiten versorgt, teilte Juri Sirowatko mit, [berichtet](#) der Telegram-Kanal „Donbass beschließt“.

„Wir haben zusätzlich Feldküchen eingesetzt und drei warme Mahlzeiten am Tag bereitgestellt“, sagte der Minister.

Er fügte hinzu, dass die DVR Gefangene anders behandle als in der Ukraine. „Das unterscheidet uns von ihnen“, fasste Sirowatko zusammen.



[https://novorosinform.org/content/images/34/09/43409\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/34/09/43409_720x405.jpg)

19:45 de.rt.com: LVR: **NATO-Trainingshandbuch zur urbanen Kampfführung entdeckt**  
Kämpfer der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR) entdeckten in einer Unterkunft der ukrainischen Armee nahe der Stadt Rubischnoje ein Trainingsbuch zur urbanen Kriegsführung in ukrainischer Sprache. In dem Buch wird zum Beispiel ausführlich beschrieben, wie man Häuser stürmt und Feuerstellungen in Wohnungen einnimmt. Die Stadt Rubischnoje im Norden der Republik wurde nach wochenlangen Kämpfen von den Lugansker Streitkräften vor wenigen Tagen eingenommen. Die Regierung erklärte 95 Prozent des LVR-Territoriums für befreit. Fotos aus dem Buch [postete](#) die Nachrichtenagentur RIA Nowosti auf ihrem Telegram-Kanal:



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6262d71948fbef36e90544a8.jpg>

20:45 (19:45) [novorosinform.org](#): **Die Aufforderung zum Verlassen des Territoriums von "Asowstal" wird den Nazis stündlich übermittelt – Verteidigungsministerium**  
Die Radikalen ignorieren Forderungen, die Frauen und Kinder freizulassen, die angeblich mit ihnen zusammen sind, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.  
Kämpfer des ukrainischen nationalistischen Bataillons „Asow“ (eine extremistische Organisation, die in der Russischen Föderation verboten ist) und ausländische Söldner werden in den Kerkern des Asowstal-Werks in Mariupol sicher blockiert. Sie werden stündlich darüber informiert, wie Zivilisten das Industriegebiet verlassen können, falls sie dort sind,

informierte Igor Konaschenkoc.

„Das Verfahren für die Freilassung von Zivilisten, falls vorhanden, aus dem Gebiet von Asowstal zur anschließenden Evakuierung wird den Nazis stündlich vorgelegt“, sagte der Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums.

Er fügte hinzu, dass die Bedingungen für den Austritt aus dem Werksgebiet den Vertretern Kiews regelmäßig durch die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Irina Wereschtschuk, mitgeteilt würden.

Igor Konaschenkow betonte, wenn sich Zivilisten in den Katakomben von Asowstal aufhalten, dann sei ihre Zurückhaltung durch die Nazis ein Beweis dafür, dass "sie keine ‚Verteidiger‘, sondern vollwertige Terroristen sind".

Bisher ignorieren Vertreter von Asow die Aufrufe zur Freilassung von Zivilisten, wenn sich solche wirklich auf dem Territorium von Asowstal befinden, stellte Konaschenkow fest.



[https://novorosinform.org/content/images/34/11/43411\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/34/11/43411_720x405.jpg)